

Marginalien zum 11. März 1938 im Burgenland

Die burgenländische Arbeiterbewegung am Vorabend des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich

MARTIN KRENN

Die politischen Entwicklungen des Jahres 1933 mit der per Staatsstreich durchgeführten Machtübernahme durch Dollfuß und dem kontinuierlichen Abdrängen der Institutionen der Arbeiterbewegung in die Illegalität, beginnend mit dem Verbot der KPÖ und des *Republikanischen Schutzbundes*, setzten die ersten, unzweideutigen Wegmarken des innenpolitischen Kurses des Austrofaschismus, dessen Ziel die völlige Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung war – bei dem gleichzeitigen Versuch, zu einem staatspolitisch arrangierten Übereinkommen mit den Nationalsozialisten zu finden.¹ Spätestens in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 zeigte sich das völlige Versagen dieser – von Seiten des Ständestaates nicht allein taktisch, sondern strategisch motivierten – Orientierung und bewog Schuschnigg zu ihrer Revision, indem er mit der Parole „Bis in den Tod Rot-Weiß-Rot“ auf direkte Konfrontation mit Hitler-Deutschland ging.² Damit wurden auch seitens der österreichischen Bundesregierung endlich die Grundlagen für eine breite Abwehrfront gegen den deutschen Faschismus geschaffen, wobei Schuschnigg trotz des Hervordrängens der Arbeiterbewegung aus der Illegalität³ bis zuletzt die größten Vorbehalte gegen ihre „offizielle“ Einbeziehung an den Tag legte.⁴ Parallel zu Wien war auch im Burgenland die Situation durch Unentschlossenheit und eine allgemeine Verunsicherung charakterisiert, was zusehends zur politischen Lähmung der Landesregierung führte⁵ und als der Hauptgrund anzusehen ist, dass diese sich erst buchstäblich fünf Minuten vor zwölf zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung entschied.

Die Situation im Burgenland am Vorabend des 11. März

Nach der am 9. März erfolgten Verkündung Schuschniggs, am 13. März eine Volksbefragung über die Unabhängigkeit Österreichs durchzuführen, fand über Vermittlung des ehemaligen Landesrates Ignaz Till, der mit Sylvester schon vor dem 9. März in Verbindung stand,⁶ noch in der Nacht vom 9. zum 10. März eine Besprechung im Landhaus von Eisenstadt statt, an der für die

burgenländische Landesregierung Landeshauptmann Hans Sylvester und die Landesräte Franz Strobl und Karl Posch teilnahmen, für die burgenländischen Sozialdemokraten bzw. Revolutionären Sozialisten⁷ Ignaz Till, der Eisenstädter Funktionär Lorenz Schöffbeck und die Brüder Oskar und Walter Sagl⁸ sowie für die Kommunistische Partei Ludwig Horvath,⁹ bis 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und noch Anfang 1933 als Vertreter der *Sozialdemokratischen Arbeiterjugend* (SAJ) in den Landesparteivorstand der burgenländischen Partei kooptiert.¹⁰

Diese Besprechung schließt an die Kontaktaufnahmen der Spitzen der burgenländischen Vaterländischen Front nach der Berchtesgadener Besprechung vom 12. Februar an, in der Absicht, die burgenländische Arbeiterbewegung dafür zu gewinnen, „an der Abwehr der Hitlergefahr mitzuwirken“.¹¹

Dem vorangegangen waren einzelne Versuche der burgenländischen Landesregierung, führende Persönlichkeiten der burgenländischen Arbeiterbewegung ins neue System einzubinden,¹² was mit Ausnahme des ehemaligen Schutzbundführers und Eisenstädter Vizebürgermeisters Paul Koller (nach 1945 wieder Vizebürgermeister von Eisenstadt, diesmal jedoch für die KPÖ) in die *Soziale Arbeitsgemeinschaft* (SAG) jedoch nicht gelang.¹³ Auch mit dem sich im Pressburger Exil befindenden ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser wurden diesbezüglich Gespräche geführt, die jedoch – in der Überlieferung Strobls – aufgrund der Auffassung Lesers, dieser Kampf wäre völlig aussichtslos, ergebnislos verliefen.¹⁴

Bereits im Juni des Jahres 1933, als der burgenländische Landtag zum ersten Mal nach mehr als halbjähriger Unterbrechung wieder zusammentrat, hatte die unbestrittene Führungspersönlichkeit der burgenländischen Sozialdemokratie den Austrofaschismus bzw. Mussolini-Faschismus als das eigentliche Übel und in Folge kausal verantwortlich für das Erstarken des Nationalsozialismus in Österreich betrachtet: „*Reichlich spät stellt sich die Regierung Dollfuß gegen den Nationalsozialismus. Mit mehr Elan hat man dagegen die Sozialdemokraten bekämpft und ihre Unterdrückung war*

das eigentliche Ziel. Pfiemer hat im Burgenland genauso antisemitisch gesprochen, wie Dr. Goebbels in Berlin, wenn man aus Feigheit dies hier auch nicht offiziell deklariert [...]. Seit der Gründung dieser Republik hat das deutsch-österreichische Volk seine politische Selbstständigkeit, die ihm durch die Friedensverträge auferlegt wurde, immer als Fessel empfunden – mit wenigen monarchistischen Ausnahmen – und sich dagegen gewehrt, ein eigenes österreichisches Nationalgefühl aufkommen zu lassen.“¹⁵

Leser endet schließlich mit jenen Worten, die noch 1938 handlungsleitend und dafür verantwortlich sein sollten, dass sich die burgenländische Sozialdemokratie zu keinem Bekenntnis für ein unabhängiges Österreich durchringen konnte: „Wir wollen den ‚österreichischen Menschen‘ nicht.“¹⁶

Dass die Orientierung Sylvesters zur Sondierung der politischen Landschaft jedoch keineswegs auf die Arbeiterbewegung beschränkt blieb, zeigt die Unterredung, die er mit Portschy führte. Keineswegs stellte sich die Situation nach Berchtesgaden so dar, wie Richard Berczeller sie beschreibt: Sylvester hätte demnach gewusst, „dass nur noch eine Zusammenarbeit mit den illegalen Sozialisten eine geringe Chance bot“,¹⁷ um die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren. Dies ist schon allein darum fragwürdig, da Sylvester, der in seiner Studentenzeit derselben Verbindung wie der spätere nationalsozialistische Landeshauptmann Portschy angehörte,¹⁸ nach 1933 eindeutig dem radikalen Flügel der christlichsozialen Partei zuzuzählen ist, der nach der Dollfußschen Machtergreifung in Wien auch im Burgenland die Weichen für das diktatorische Regime stellte.¹⁹ Sylvester, der den Ernst der Lage im Gegensatz zu vielen seiner politischen Mitstreiter sehr wohl erkannte, nahm gleichzeitig zu ersten Gesprächen mit der Arbeiterbewegung Parallelverhandlungen mit Portschy auf, um mit ihm Modalitäten einer Einbeziehung der burgenländischen Nationalsozialisten in die Vaterländische Front zu diskutieren. Nach übereinstimmenden Angaben von August Ernst und Ursula Mindler, wobei letztere sich auf das Tagebuch von Portschy beziehen kann,

fand die besagte Unterredung in der Zeit zwischen dem 20. und dem 24. Februar 1938 in den Amtsräumen des Oberwarter Bezirkshauptmannes Dr. Kleinert statt.²⁰ Portschy wurde dabei von Sylvester ein Sitz in der burgenländischen Landesregierung angeboten, was dieser jedoch unter Berufung darauf ablehnte, dass die NSDAP die Existenz des Ständestaates insgesamt als illegal ablehnte.²¹

Unterschiedliche Positionen in der burgenländischen Sozialdemokratie

Unabhängig von den Aktivitäten auf Regierungsebene zeichnete sich die Situation innerhalb der burgenländischen Sozialdemokratie im ersten Jahresdrittel 1938 durch ein heterogenes Bild aus. Hier standen sich unterschiedliche Positionen gegenüber, wobei sich die Diskussionen um zwei Fragen drehten: ob und wie der Einmarsch Hitlers zu verhindern sei beziehungsweise unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie für ein Ja zur geplanten Volksabstimmung mobilisieren sollte. Um diese Positionen zu klären, wurde Ende Februar am Waldrand zwischen Pöttching und Sauerbrunn im Bezirk Mattersburg ein Funktionärs-treffen abgehalten, an dem, wie Robak sich erinnert, neben „Genossen aus Hornstein, Parndorf, Wulkaprodorsdorf, Neufeld“, Eisenbahnern „aus der Gegend von Nickelsdorf und Zurndorf“ und südburgenländischen Funktionären aus dem Raum Tauchen (wo bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine der größten Industriensiedlungen des Burgenlandes bestand, die Tauchener Werke) noch Hans Bögl, Lorenz Schöffbeck, Josef Schwendenwein, Karl Schrödl und Stefan Billes aus Eisenstadt, Alexander Stangl und Heinrich Knotzer aus Pöttching, Josef Csech aus Neufeld und eine größere Steinbrunner Gruppe um Robak selbst teilnahmen.²² Bereits hier gingen die Ansichten weit auseinander, war „ein Teil [...] der Meinung, daß es einen Widerstand geben werde“ und wiederum andere davon „überzeugt, daß die Besetzung Österreichs nicht aufzuhalten

sei“.²³ Im Gegensatz zur Gruppe um Till und der in Wien mit Schuschnigg verhandelnden Delegation um Friedrich Hillegeist waren die Teilnehmer der Be-

wieder in die Privatsphäre.²⁸ Als Schuschnigg am Mittwoch, den 9. März 1938, die Volksbefragung ankündigte, stand es um die Mobilisierungsfähigkeit der SDAP bei Weitem nicht zum Besten. Zwar sagte Till in der Besprechung vom 9./10. März Sylvester zu, dass die Sozialdemokratie mit „Ja“ stimmen würde²⁹ – ob mit oder ohne die erfolgte Zusicherung der Legalisierung der verbotenen Institutionen der Arbeiterbewegung, lässt sich nicht eindeutig klären. Die Ausführungen Bögl legen die Vermutung nahe, eine solche Zusicherung sei nicht erfolgt, während Vinzenz Böröcz in seinen Erinnerungen festhält, man habe „sich darauf geeinigt, daß, wenn die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten gut ausgehen sollte, die demokratischen Rechte, wie sie vor 1934 bestanden hatten, wiederhergestellt werden müßten“.³⁰ Berczeller jedenfalls schildert die Zusammenkunft auf der Grundlage eines Briefes, den Till ihm nach dem Krieg schrieb, wie folgt – auch ohne etwaige Zugeständnisse Sylvesters an die Arbeiterbewegung zu erwähnen:

„Sylvester richtete das Wort an Till. ‚Gibt es noch Schutzbündler im Burgenland?‘ – ‚Natürlich‘, sagte Till. – ‚Wir werden sie bewaffnen‘, sagte Sylvester. – ‚Nicht nötig, Herr Landeshauptmann‘, antwortete Till. ‚Sie haben Waffen.‘ – ‚Und wo sind sie?‘ – ‚Das werde ich Ihnen sagen, wenn wir wissen, daß sie gebraucht werden.‘ – ‚Gemeinsam mit den Landeschützen?‘ – ‚Mit jedem, der sie gegen die Nazis gebrauchen will‘, sagte Till.“³¹

In jedem Fall operierte Till mit Posten, die es in dieser Form nicht gab bzw. nicht zu aktivieren waren.

Letzte Versuche zur Mobilisierung der burgenländischen Arbeiterbewegung

Die Vaterländische Front stellte Geld und Fahrzeuge zur Mobilisierung der Mitglieder und Mitarbeiter von SDAP und KPÖ am Land zur Verfügung.³²



Ankündigung von Schuschniggs Volksabstimmung

sprechung der Überzeugung, dass „die Mitarbeit und Mitverantwortung breiterer Kreise der Sozialdemokraten nur dann zu erreichen war, wenn die Arbeiter auch zur Mitentscheidung herangezogen wurden“,²⁴ da aufgrund des generellen Misstrauens gegen Schuschnigg und die nach 1934 „zu Renegaten“ gewordenen ehemaligen Funktionäre der Sozialdemokratie diese „auf keinen Fall als die legalen Vertreter der burgenländischen Arbeiterschaft“ zu akzeptieren seien.²⁵

Die Zeit verging in Folge „mit Diskussionen und Kontaktaufnahmen mit verschiedenen Funktionären“;²⁶ mit der Zunahme der nationalsozialistischen Propaganda erlahmte der schwache Widerstandswille, der ohnehin nur prekär ausgeprägt war aufgrund des Eindrucks der Ereignisse von 1934 und dem Verlust der politischen Führer der Partei,²⁷ beinahe vollständig und flüchteten viele Mitglieder und Funktionäre endgültig

Auf dieser Grundlage wurden etwa von den Sozialdemokraten in aller Eile Propagandamaterialien gefertigt, die jedoch nicht ohne Vorbehalte waren und aufgrund ihrer offen thematisierten Abrechnung mit der Politik Dollfuß' und Schuschnigg kaum zur breiten Gewinnung der sozialdemokratischen Parteigänger Seite an Seite mit der ständestaatlichen Regierung taugten:

„Der kommende Sonntag“, heißt es in einem Flugblatt der *Revolutionären Sozialisten* in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der illegalen Parteikonferenz vom 10. März 1938,³³ „ist nicht der Tag, an dem wir mit dem österreichischen Faschismus abrechnen und dem autoritären Regime alle Verbrechen, die seit dem Februar 1934 an der österreichischen Arbeiterschaft begangen worden sind, heimzahlen [...]. Am kommenden Sonntag manifestieren wir unseren glühenden Haß gegen den Hitler-Faschismus.“³⁴

Im Gegensatz zur KPÖ, die in ihrem Aufruf vom 10. März 1938 ihrer Entschlossenheit Ausdruck verlieh, „mit allen Mitteln für ein freies, unabhängiges, demokratisches Österreich zu kämpfen“³⁵ und damit die theoretischen Abhandlungen Alfred Klahrs bzw. die sich daraus ergebenden politischen Schlussfolgerungen der KPÖ in Bezug auf eine breite nationale „Unabhängigkeitsfront“ antizipierte,³⁶ vermied das Flugblatt der Revolutionären Sozialisten einen affirmativen Bezug zu einem eigenständigen Österreich und verdeutlicht einmal mehr vor allem die Verbitterung über die arbeiterfeindliche Politik des Ständestaates, die im Burgenland – und daher auch die Nachfrage Sylvesters bei Till – im Führer der *Landesschützen*, Franz Strobl, sowie durch die Person Sylvesters selbst willfährige Exekutoren gefunden hatte.³⁷ Hans Bögl, der nach der Besprechung vom 9./10. März gebeten wurde, die sozialdemokratischen Mitglieder im Burgenland abzufahren und für eine positive Stimmabgabe zu gewinnen, war noch zu diesem Zeitpunkt unverändert der Meinung, dass „wir Sozialdemokraten nur dann bei der Volksabstimmung mit ‚Ja‘ stimmen sollten, wenn durch die Regierung die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit für die Sozialdemokratische Partei und ihre Organisationen zugesichert würde“³⁸ und vertrat diese Auffassung auch vehement während seiner Rundreise durchs Land,³⁹ die eigentlich den gegenteiligen Zweck erfüllen sollte.

Till jedenfalls koordinierte die Aktionen und den Einsatz der Funktionäre

vom Café Central in Eisenstadt aus,⁴⁰ nur wenige Schritte vom Gasthaus „Goldener Adler“ entfernt, wo Portschy sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte.⁴¹ Bögl fuhr „mit dem Motorrad [...] kreuz und quer durch das Burgenland und suchte Parteifreunde auf“⁴² (wenngleich, wie oben erwähnt, in etwas anderer Absicht...), Eugen Schneider, neben Vinzenz Böröcz, Otto Mödlagl und Ludwig Horvath der zentrale Funktionär der illegalen KPÖ im Burgenland, begab sich gemeinsam mit Schöffbeck und eben Horvath in die Arbeitergemeinden des Eisenstädter und Mattersburger Bezirkes, die Brüder Sagl suchten den Oberwarther Bezirk auf.⁴³ Etwas später stießen Böröcz und Mödlagl hinzu.

Vinzenz Böröcz, der in Breitenbrunn beheimatet war, wusste von der Unterredung bei Sylvester noch nichts und hatte erst am 10. März durch Propagandafahrzeuge der *Vaterländischen Front*, die durch seinen Ort fuhren, von der geplanten Volksabstimmung erfahren.⁴⁴ Er fuhr darum am 11. März in aller Frühe mit dem Rad nach Eisenstadt, um sich „mit Gleichgesinnten zu treffen und die neueste Lage mit ihnen zu besprechen“.⁴⁵ Dabei lief er Till in die Arme, der ihn über die jüngsten Entwicklungen in Kenntnis setzte, mit 500 Schilling ausgestattet und in den Bezirk Neusiedl schickte, wo er gemeinsam mit dem früheren Funktionär der Landarbeitergewerkschaft und ehemaligen Landtagsabgeordneten der SDAP Paul Rosenberger versuchte, ihre Kontakte in den Gemeinden und vor allem auf den Meierhöfen des Bezirks für die geplante Volksbefragung zu aktivieren.⁴⁶ In Neusiedl trafen sie auch auf Otto Mödlagl, der, aus Wien kommend, dort denselben Auftrag erhalten hatte. Sie teilten sich auf, wobei Böröcz und Rosenberger in den Seewinkel fuhren, „wo es auf den Gutshöfen aktive KPÖ-Gruppen gab“.⁴⁷

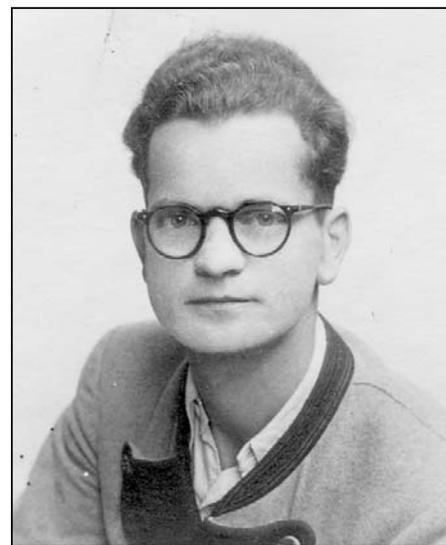
Die Aktionen verliefen mitunter konfus und geben ein Spiegelbild der Gesamtsituation dieser Tage ab.⁴⁸ Der Informationsfluss von oben nach unten fand spärlich bis gar nicht statt, unterschiedliche Direktiven kursierten. „Dem Landeshauptmann“, stellt Mikovits fest, „war die politische Führung bereits entglitten.“⁴⁹ Böröcz wurde im Neusiedler Bezirk von einem lokalen Kommandanten der *Ostmärkischen Sturmsharen*⁵⁰ daran gehindert, zu Straßenarbeiter zu sprechen; erst nach längerem Hin und Her und nach Rückfrage bei seinem Vorgesetzten wurde „dem Mann endlich klar, daß das



Otto Mödlagl (1899–1974)

Ansinnen eines Sozialdemokraten und eines Kommunisten [...] in dieser außerordentlichen Situation nichts Ungebührliches darstellte“.⁵¹

Ähnlich erging es Ludwig Horvath, der in Siegendorf auf Anzeige von Funktionären der *Vaterländischen Front* von der örtlichen Gendarmerie als Kommunist verhaftet wurde, die landesweit nicht darüber informiert war, dass die Kommunisten und Sozialisten mit dem Einverständnis des Landeshauptmannes agierten,⁵² und erst auf persönlichen Aufruf Sylvesters wieder entlassen wurde⁵³ – um schließlich, nach dem erfolgreichen nationalsozialistischen Putsch in den frühen Abendstunden des 11. März, abermals verhaftet zu werden und erst gegen die Abgabe einer Loyalitätserklärung sowie der Auflage, „das Geld, das er für die Werbefahrt für die Abstimmung am 13. März 1938 bei sich hatte,



Ludwig Horvath (1913–2003)



Vinzenz Böröcz (1915–1995)

in Raten abzahlen“⁵⁴ wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Horvath, der 1934 der illegalen Kommunistischen Partei beitrug und in der Zeit des Ständestaates im LIT-Apparat bzw. als Verbindungsmann für die KPÖ tätig war,⁵⁵ wurde nach seiner Verhaftung durch die Gestapo dieses Treffen als besonders „belastend“ vorgehalten,⁵⁶ was auch die Behauptung Berczellers widerlegt, dass „die Nazis von der Verhandlung offenbar nichts wußten“.⁵⁷ Diese waren vielmehr über die Ergebnisse der Verhandlungen vom 9./10. März recht genau instruiert. Im Mai 1938 berichtete die SD-Außenstelle Eisenstadt zudem an den SD-UA Wien, dass der ehemalige sozialdemokratische Landesrat Ignaz Till noch unmittelbar vor der NS-Machtübernahme versucht hätte, die Sozialdemokraten und Kommunisten vor allem in den nördlichen Bezirken des Burgenlandes zu organisieren und für eine Abstimmung pro Schuschnigg zu gewinnen.⁵⁸

Der 11. März

Die ganze Aktion geriet am 11. März in die Aufmärsche der Nazis, die sich bereits seit dem Morgengrauen, gestützt auf die Weisungen der Landesleitung der NSDAP, zur Machtergreifung rüsteten.⁵⁹ Der burgenländischen Gauleitung jedenfalls dürfte schon länger vor dem 11. März die Tragweite dieses Datums bekannt gewesen sein, wurden doch einerseits verschiedene Gauleitungsmglieder bereits zuvor in die einzelnen Bezirke delegiert, andererseits Dr. Groß, der Gaugeschäftsführer, nach Wien beordert, um als Verbindungsmann zur österreichischen Landesleitung der NSDAP direkt vor Ort über die kommenden Entscheidungen informiert zu werden.⁶⁰

Böröcz und Rosenberger entgingen

spätabends in Illmitz nur knapp dem Gelychtwerden durch SA-Männer, die zuvor an der Nazi-Kundgebung in Eisenstadt teilgenommen hatten.⁶¹ Bögl sprach noch am 12. März auf einer Versammlung in Siegendorf, wo man offenkundig noch nichts vom vorabendlichen Putsch Portschys im nachbarlichen Eisenstadt wusste, und erfuhr erst dort durch zwei Gendarmeriebeamte – die jedoch keine Anstalten machten, ihn zu verhaften – von den Ereignissen der letzten Stunden: „Resignation machte sich im Versammlungslokal breit. In Gruppen standen die Leute beisammen und diskutierten gedämpft über die Zukunft.“⁶² Diese Schilderung charakterisiert treffend das Stimmungsbild innerhalb der burgenländischen Sozialdemokratie, von der auch die SD-Außenstelle Eisenstadt an den SD-Unterabschnitt Wien meldete, sie habe sich „bei der Machtübernahme schweigend und zurückhaltend“ verhalten.⁶³

Nach dem erfolgreichen nationalsozialistischen Putsch – Portschy hatte sich in den frühen Abendstunden des 11. März zum Landeshauptmann ausgerufen, die Landesregierung für verhaftet erklärt und damit die erste nationalsozialistische Machtergreifung in einem österreichischen Bundesland besiegt⁶⁴ – schickte der wie die gesamte Regierung Portschy noch am 11. März 1938 vereidigte „Landesstatthalter“ Josef Palham uniformierte und bewaffnete SA-Gruppen aus, um im ganzen Land „die notwendigen Maßnahmen durchzuführen“.⁶⁵ Dazu gehörte vor allem die Besetzung der Gendarmerieposten durch die SA sowie die Übernahme der Polizei durch die SS. Nach bereits vorbereiteten Listen des SD begannen die Verfolgungen und Verhaftungen der politischen Gegner der Nationalsozialisten.⁶⁶

Anmerkungen:

1/ Vgl. West, Franz: Die illegale Arbeiterbewegung. In: Widerstand und Verfolgung im Burgenland. 1934–1945. Eine Dokumentation. Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1983, S. 19–21, hier S. 19.

2/ Rede von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg im Bundestag, 24.2.1938 [Auszug]. In: „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation. Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1988, S. 193–195.

3/ Vgl. West: Arbeiterbewegung, S. 21.

4/ Über die Gründe für diese Vorbehalte sowie die Nicht-Annahme Schuschniggs auch aller vor Berchtesgaden getätigten Initiativen (siehe hierzu etwa: „Anschluß“ 1938, S. 188ff.) gibt es un-

terschiedliche Deutungen. Göhring und Machacek vertreten die Auffassung, die Position Schuschniggs sei bis zuletzt von einer tiefen Ablehnung der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger Präferenz eines Ausgleichs mit dem Nationalsozialismus geprägt gewesen (vgl. Göhring, Walter; Machacek, Robert: Start in den Abgrund. Österreichs Weg zum Jahre 1938. Wien 1988, S. 11).

Holtmann steht auf der Position, Schuschnigg sei überhaupt bis fast zuletzt der Meinung gewesen, eine Gefährdung für das Land bestehe nicht. Entsprechend habe er die Überzeugung vertreten, „daß ein antinationalsozialistisches Bündnis mit der sozialistischen Arbeiterklasse weder möglich noch nötig sei“ (Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938. Wien 1978, S. 238).

Nach Junker soll Schuschnigg gar durch einen Abgesandten Mussolinis überzeugt worden sein, er könne noch 1938 mit Unterstützung Italiens rechnen (Junker, Helmut: Das publizistische Ringen um die Arbeiterschaft um die Arbeiterschaft im österreichischen Ständestaat (1933–1938). Eine Geschichte zur Geschichte und Technik der politischen Propaganda. Phil. Diss. Wien 1964, S. 259).

5/ Vgl. Schlag, Gerald: Der 12. März 1938 im Burgenland und seine Vorgeschichte. In: Burgenland 1938. Vorträge des Symposiums „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. (= Burgenländische Forschungen, Heft 73). Eisenstadt 1989, S. 96–111, hier S. 101.

6/ Vgl. ebd., S. 103.

7/ Otto Mödlagl erwähnt, es habe sich um eine Delegation der Sozialdemokraten gehandelt; Ludwig Horvath gibt an, es sei eine Abordnung der *Revolutionären Sozialisten* gewesen. Eine exakte Trennung ist hier im Nachhinein nicht möglich. In jedem Fall kam es zu keinem geschlossenen Übertritt der sozialdemokratischen Landesorganisation zu den *Revolutionären Sozialisten* nach 1934, wohl aber war es so, wie Richard Berczeller angibt, dass sich ganze Bezirksgruppen der SDAP nunmehr als Gruppen der *Revolutionären Sozialisten* verstanden (vgl. Berczeller, Richard; Leser, Norbert: ...mit Österreich verbunden. Burgenlandschicksal 1918–1945. Wien–München 1975, S. 272).

8/ Otto Mödlagl erwähnt als Teilnehmer der Besprechung nur Till und einen nicht weiter definierten „Sagl“. Vgl. Mödlagl, Otto: Burgenland im Ständestaat. In: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. (= Burgenländische Forschungen, Sonderband III). Eisenstadt 1971, S. 125–133, hier S. 133. Da Mödlagl nicht selbst Teilnehmer an der Sitzung war, kann hier durchaus der Darstellung

von Schlag Glauben geschenkt werden, der die anderen Namen ins Spiel bringt (vgl. Schlag: 12. März, S. 103). Jedoch schmälert sich der Aussagewert von Schlags Beitrag beträchtlich, da er gänzlich auf einen Anmerkungsschreiber [sic] verzichtet.

9/ Vgl. ebd.

10/ Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Ludwig Horvath: Lebenslauf, 10.7.1951.

11/ Vgl. Robak, Fritz: In den burgenländischen Dörfern. In: Danimann, Franz (Hg.): *Finis Austriae*. Österreich, März 1938. Wien 1978, S. 99–100, hier S. 99. Auszugsweise abgedruckt auch in: *Widerstand und Verfolgung im Burgenland*, S. 48–49.

12/ Schlag, Gerald: „Um Freiheit und Brot. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zu ihrer Verbannung in die Illegalität“. In: *Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs*. Herausgegeben von der SPÖ-Landesorganisation Burgenland. Eisenstadt 1989, S. 9–94, hier S. 83.

13/ Strobl, Franz: Im Landhaus von Eisenstadt. In: Danimann, Franz (Hg.): *Finis Austriae*. Österreich, März 1938. Wien 1978, S. 101–103, hier S. 101.

14/ Vgl. ebd., S. 101.

15/ Stenographische Protokolle des burgenländischen Landtags. Bd. IV, S. 405ff.

16/ Ebd., S. 411.

17/ Berczeller, Richard; Leser, Norbert: ...mit Österreich verbunden. *Burgenlandschicksal 1918-1945*. Wien–München 1975, S. 106.

18/ Vgl. Fritsch, Otto: *Die NSDAP im Burgenland 1933–1938*. Phil. Diss. Wien 1993, S. 278. Fritsch beruft sich hier auf eine persönliche Mitteilung Portschy vom 22. Dezember 1988.

19/ Vgl. Unger, Günter Michael: *Die Christlich-sozialistische Partei im Burgenland*. Phil. Diss. Wien 1964, S. 249ff.

20/ Vgl. Mindler, Ursula: Tobias Portschy. Biographie eines Nationalsozialisten. Die Jahre bis 1945. (= *Burgenländische Forschung*, Bd. 92. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv). Eisenstadt 2006, S. 58f. sowie Ernst, August: Zur Auflösung des Burgenlandes im Jahre 1938. In: *Festschrift für Heinrich Kunert*. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. (= *Burgenländische Forschungen*, Sonderheft II). Eisenstadt 1969, S. 40–53, hier S. 40. Auf Ernst bezieht sich implizit auch Schlag: 12. März, S. 101, freilich wiederum ohne eine Quellenangabe zu verwenden, sowie explizit Schlag, Gerald: *Burgenland*. In: Weinzierl, Erika; Skalik, Kurt (Hg.): *Österreich 1918 bis 1938. Geschichte der Ersten Republik*. 2. Bd. Graz–Wien–Köln 1983, S. 747–800, hier S. 792 und S. 799.

21/ Vgl. Mindler: Portschy, S. 59.

22/ Robak: In den Dörfern, S. 99.

23/ Ebd.

24/ Ebd., S. 100.

25/ Ebd.

26/ Ebd.

27/ Vgl. Mikovits, Martina: Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 im Burgenland. In: *Burgenländische Heimatblätter*, 65. Jg. (2003), Heft 4, S. 181–216, hier S. 185.

28/ Ebd.

29/ Vgl. Schlag: 12. März, S. 103.

30/ Böröcz, Vinzenz: Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte. (= *Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung*, Bd. 6). Wien 1995, S. 68.

31/ Berczeller: Mit Österreich verbunden, S. 277. Abgedruckt auch in *Widerstand und Verfolgung im Burgenland*, S. 48 sowie in Danimann: *Finis Austriae*, S. 96.

32/ Vgl. Mödlagl: *Burgenland im Ständestaat*, S. 133.

33/ Beschluss der illegalen Parteikonferenz der RSÖ, 10.3.1938 [Auszug]. In: „Anschluß“ 1938, S. 229.

34/ Zit. nach Schlag: 12. März, S. 103f.

35/ Aufruf der KPÖ, 10.3.1938 [Auszug]. In: „Anschluß“ 1938, S. 230.

36/ Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens (Hg.): *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*. (= *Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung*, Bd. 32). Göttingen 2006, S. 41–76, hier S. 52f.

37/ Vgl. Unger: *Christlichsozialistische Partei*, S. 249.

38/ Bögl, Hans: *Burgenland. Ein Bericht zur Zeitgeschichte*. Wien 1974, S. 92.

39/ Vgl. ebd.

40/ Schlag: 12. März, S. 104.

41/ Vgl. ebd.

42/ Bögl: *Burgenland*, S. 92.

43/ Vgl. Schlag: 12. März, S. 104.

44/ Vgl. Böröcz: *Kampf*, S. 68.

45/ Ebd.

46/ Vgl. ebd., S. 69.

47/ Ebd., S. 70.

48/ Böröcz (ebd., S. 69) beschreibt dies so: „Der Tag versprach nichts Gutes, Gerüchte schwirren durch die Luft. Auf unserer Fahrt durch die Dörfer fanden wir die Menschen in Aufregung. Die Nazis, die aus der Illegalität hervortraten, [...] rüsteten sich zum Marsch nach Eisenstadt, wo sie eine Kundgebung vor dem Landhaus planten, um die Einsetzung einer nationalsozialistischen Landesregierung zu erreichen. Zwischen Bruck und Neusiedl trafen wir eine Kolonne des Bundesheeres, deren Ziel uns unbekannt blieb.“

49/ Mikovits: *Volksabstimmung*, S. 185.

50/ Die *Ostmärkischen Sturmcharen* wurden am 7.12.1930 in Innsbruck gegründet und rekrutierten sich als in Opposition zur Heimwehr stehende Wehrformation zuerst aus der Katholischen Jugend, später aus Gesellen- und Lehrerorganisationen. Vgl. <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclp.o/0849650.htm> [4.9.2008].

51/ Böröcz: *Kampf*, S. 69f.

52/ Vgl. Deltl, Andrea Christine: *Die NS-Verfolgungen im Burgenland 1938*. Diplomarbeit Universität Wien 1998, S. 14. Deltl bezieht sich hier auf ein von ihr am 7.9.1997 geführtes Gespräch mit Ludwig Horvath.

53/ Vgl. Schlag: 12. März, S. 104.

54/ Deltl: *NS-Verfolgungen*, S. 70. Deltl bezieht sich auf ein mit Horvath am 7.9.1997 geführtes Gespräch.

55/ Ebd.

56/ Ebd.

57/ Berczeller: *Mit Österreich verbunden*, S. 127.

58/ Vgl. Mikovits, Martina: *Plebiszitäre Politik im autoritären und im totalitären Staat. Studien zur österreichischen Volksbefragung und zur deutschen Volksabstimmung März/April 1938*. Phil. Diss. Wien 2002, S. 80.

59/ Vgl. Mindler: *Portschy*, S. 60f.

60/ Vgl. Fritsch: *NSDAP*, S. 276.

61/ Vgl. Böröcz: *Kampf*, S. 71 sowie Erlebnisbericht von Vinzenz Böröcz, „Wie ich im März 1938 die Besetzung Österreichs erlebte“, 1987 [Auszug]. In: „Anschluß“ 1938, S. 282–283.

62/ Bögl: *Burgenland*, S. 93.

63/ Zit. nach Wilhelm: *Plebiszitäre Politik*, S. 80.

64/ Vgl. Mindler: *Portschy*, S. 60ff.; Schlag: 12. März, S. 106ff.

65/ Zit. nach Wilhelm: *Plebiszitäre Politik*, S. 79.

66/ Siehe hierzu die Aktenbestände aus dem Burgenländischen Landesarchiv, Landesregierungsarchiv, Polizei I–A, 131/1938 sowie die DÖW-Akten 1730, 1740, 1746, 12541, 12540.

